



# **MARKTGEMEINDE ZIRL**

Bezirk Innsbruck-Land

## **Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderates**

---

Sitzungsdatum: Donnerstag, den 25.01.2018  
Beginn: 19:00 Uhr  
Ende: 23:00 Uhr  
Ort, Raum: B4 Saal Martinswand

### **Anwesend:**

#### Bürgermeister:

Herr Mag. Thomas Öfner

#### Ordentliche Mitglieder:

Frau Iris Zangerl-Walser  
Frau Victoria Rausch  
Herr BSc Andreas Albrecht  
Herr Thomas Gobes  
Herr Wolfgang Graf  
Herr Josef Gspan  
Frau Viktoria Hammer  
Herr Georg Kapferer  
Herr Lukas Kaufmann  
Frau Iris Pichler  
Herr Thomas Pichler  
Herr Alfred Stecher  
Herr Hermann Stolze

#### Ersatzmitglieder:

Herr Ing. Martin Plattner  
Herr Reinhold Redolfi  
Frau Mag. Anna Rieder  
Herr Walter Stippler  
Frau Sigrid Thomaser

### **Abwesend:**

#### Ordentliche Mitglieder:

Herr Marco Bernardi  
Herr Ing. Dr. Karl Neurauder  
Herr Peter Pichler  
Frau Marion Plattner  
Herr Arch. Dipl.-Ing. Rainer Schöpf

## **Tagesordnung:**

- 1** Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2** Genehmigung der letzten Niederschrift
- 3** Bericht des Bürgermeisters
- 4** Genehmigung der Tagesordnung – Beschlussfassung zum Ausschluss der Öffentlichkeit
- 5** Ansuchen der NMS Inzing der finanziellen Unterstützung des Standortschikurses für zwei Zirler Schülerinnen  
Vorlage: AL/804/2017
- 6** Ansuchen um finanzielle Unterstützung für eine Spitzensportlerin im Sportklettern  
Vorlage: AL/805/2017
- 7** Ansuchen um finanzielle Unterstützung "Die Eule"  
Vorlage: AL/814/2017
- 8** Subventionsansuchen der Rainbows Tirol  
Vorlage: AL/848/2018
- 9** Antrag der Fraktion Zirl Aktiv - Förderung für Tagesmütter  
Vorlage: AL/798/2017
- 10** Gebührenänderung für Mittagessen (alle Essen sollen gleich viel Kosten) der Bildungseinrichtungen und Anpassung der Betreuungstarife  
Vorlage: FIN/085/2017
- 11** Antrag Liste Für Zirl auf Hortöffnung während der Sommermonate für alle Kinder im Alter von 6 bis 12 Jahren  
Vorlage: AL/810/2017
- 12** Antrag Verein Waldkiebitze um eine Projektförderung von € 40.000,-- für die Waldkinderkrippe Hochzirl  
Vorlage: AL/757/2017
- 13** Antrag von Zirl Aktiv auf Wirtschaftsförderung für Betriebe mit nachhaltigen Verpackungen  
Vorlage: AL/803/2017
- 14** Beratung und Beschlussfassung über eine eventuelle Anpassung der Aufwandsentschädigungen für Gemeinderäte.  
Vorlage: FIN/088/2017
- 15** Beratung und Beschlussfassung über die Anschlussgebühren Breitband  
Vorlage: AL/826/2017
- 16** Antrag von Herrn Hynek auf Anpachtung des Gst 1407  
Vorlage: AL/746/2017

- 17** Antrag von Herrn Seidl auf Umgestaltung der Blumeninsel bei der Terrasse der Schwarzen Katz  
Vorlage: AL/828/2017
- 18** Löschung WBP .617 Wassergenossenschaft Schlossbach  
Vorlage: INFR/027/2017
- 19** Beratung und Beschlussfassung Verkehrsverhältnisse Zirl, Pettnau, Telfs / Überprüfung B171 Tiroler Straße  
Vorlage: INFR/040/2017
- 20** Parkplatzgebühren Rettung  
Vorlage: AL/851/2018
- 21** Beratung und Beschlussfassung über die Fortschreibung des ÖROK  
Vorlage: BAU/104/2017
- 22** Beratung und Beschlussfassung betreffend einer Teilfläche der Gp 2730/1 (Meil) - Änderung Flächenwidmungsplan von Freiland in Gewerbegebiet - Bauansuchen von Alexander Witting  
Vorlage: BAU/078/2016
- 23** Beratung und Beschlussfassung über Vertragsverlängerung der Fa. Porr /Teerag Asdag im Meilbrunnen  
Vorlage: AL/706/2017
- 24** Ansuchen um Erlassung eines Bebauungsplanes für die Grundstücke Nr. 3230 und 3261 - Franz-Seelos-Weg  
Vorlage: INFR/053/2017
- 25** Antrag der Fraktion Frischer Wind und Grüne betreffend Darstellung der budgetären Deckung von Tagesordnungspunkten  
Vorlage: INFR/052/2017
- 26** Präsentation Angebote bezüglich Prozessbegleitung Begegnungszone Mob.konzept  
Vorlage: MELD/009/2018
- 27** Anfragen an den Gemeindevorstand
- 28** Anträge, Anfragen und Allfälliges (im öffentlichen Teil)
- 29** Anfragen an den Leitungsausschuss - Personalentscheidungen
- 30** Beratung und Beschlussfassung über eine Stellenbesetzung  
Vorlage: AL/846/2018
- 31** Bericht des Bürgermeisters (im vertraulichen Teil)
- 32** Anträge, Anfragen und Allfälliges (im vertraulichen Teil)

## **zu 1 Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit**

### Bericht:

Bgm Öfner begrüßt alle anwesenden GemeinderätInnen und Ersatzgemeinderätinnen, die anwesenden Zuhörer und Mitarbeiter der Marktgemeinde Zirl und eröffnet die Sitzung. Er stellt fest, vollzählig und beschlussfähig zu sein. Entschuldigt sind GR Peter Pichler, der von Ersatz-GR Mag. Anna Rieder vertreten wird, GR Marion Plattner, die von Ersatz-GR Martin Plattner vertreten wird, GR Marco Bernardi, der von Ersatz-GR Walter Stippler vertreten wird, GR Karl Neurauder, der von Ersatz-GR Sigrid Thomaser vertreten wird und GR Rainer Schöpf, der von Ersatz-GR Reinhold Redolfi vertreten wird.

Sodann bittet Bgm Öfner Ersatz-GR Stippler Walter zur Angelobung.

„Ich gelobe, in Treue die Rechtsordnung der Republik Österreich zu befolgen, mein Amt uneigennützig und unparteiisch auszuüben und das Wohl der Marktgemeinde Zirl und ihrer Bewohner nach bestem Wissen und Können zu fördern.“

Ersatz-GR Walter Stippler spricht in weiterer Folge das Gelöbnis: „Ich gelobe.“

Bgm Öfner bittet sodann die Gemeinderätinnen und Ersatzgemeinderätinnen sich zu erheben und hält eine Schweigeminute für die verstorbene aktive Gemeinderätin Margit Gastl ab.

## **zu 2 Genehmigung der letzten Niederschrift**

### Bericht:

Bgm. Mag. Öfner fragt ob Einwände gegen die letzte Niederschrift bestehen.

### Diskussion:

GR Thomas Pichler möchte bei dem Tagesordnungspunkt Anträge, Anfragen, Allfälliges anmerken, dass die Ansicht des Bürgermeisters betreffend die namentliche Abstimmung nicht richtig war. Er verlangt, dass bei Tagesordnungspunkt 7 der letzten Sitzung die namentliche Abstimmung nachprotokolliert wird.

Es ist sehr wohl möglich, dies im Nachhinein zu machen, er hat sich bei der Abteilung Gemeinden erkundigt, dass eine namentliche Abstimmung möglich ist. Er verlangt daher, dass das Protokoll berichtigt wird, dass er dagegen war.

Bgm Öfner erklärt dass es eine falsche Rechtsauffassung von ihm war, die Begründung seitens der Abteilung Gemeinden ist jene, solange ein Protokoll nicht geschlossen wurde, kann später nachprotokolliert werden, diese Regelung gibt es wegen der Haftungen der Gemeinderäte und dient als Schutz für die Gemeinderäte.

Die Niederschrift wird genehmigt und Bgm Mag Öfner bedankt sich für die Protokollierung.

## **zu 3 Bericht des Bürgermeisters**

### Bericht:

Bgm Öfner berichtet, dass das Geld betreffend dem Verkauf des Gasthofes Hirschen mittlerweile überwiesen wurde. Der Vertrag ist unterschrieben, das Gebäude wurde bereits übergeben.

Zudem erklärt er, dass Ersatz-GR Marco Bernardi nun per Gesetz GR-Mitglied ist.

Herr Ing. Wolfgang Hütter hat sein Mandat im Gemeinderat und im Gemeindevorstand aus privaten Gründen zurückgelegt. Daher ist Frau Iris Pichler seit 15.01.2018 ordentliches Gemeinderatsmitglied. Die Verabschiedung von Wolfgang Hütter wird voraussichtlich am 12.02.2018 um 18:00 Uhr sein, eine Einladung an den Gemeinderat folgt.

GR Marion Plattner hat ihre Funktion als Obfrau im Ausschuss für Schule und Bildung zurückgelegt, neue gewählte Obfrau ist Frau Iris Pichler und ihre Stellvertretung ist Frau Marion Plattner. Bgm Öfner gratuliert Iris Pichler zur neuen Funktion und wünscht ihr viel Glück und alles Gute.

Bgm Öfner berichtet weiters, dass er beabsichtigt, im Februar 2018 einen Sondergemeinderat wegen dem Gewerbegebiet Zirler Wiesen abzuhalten. Zuvor wird es eine Vorberatung im Wirtschaftsausschuss geben. Termine werden der 7.02.18 für den Sonder-Wirtschaftsausschuss und der 15.02.2018 für den Gemeinderat sein. Die Einladungen werden noch folgen.

Er berichtet weiters, die Umsetzung wegen e-car sharing ist im Gang. Das Fundament wurde betoniert. Sobald die Ladestation steht, kann die Umsetzung abgeschlossen werden. Das Auto der Gemeindegewerke Telfs ist auch schon vorhanden.

#### **zu 4      Genehmigung der Tagesordnung – Beschlussfassung zum Ausschluss der Öffentlichkeit**

##### Bericht:

Bgm Öfner erklärt, die Tagesordnungspunkte 27 und 29 – 32 in den vertraulichen Teil beschließen zu wollen.

##### Diskussion:

VBgm Zangerl-Walser möchte Tagesordnungspunkt 6 auch im vertraulichen Teil behandeln.

VBgm Rausch erklärt, Tagesordnungspunkt 5 soll auch im vertraulichen Teil behandelt werden.

##### **Antrag + Beschluss:**

**Die Tagesordnungspunkte 5 und 6, 27 (Personal) und 29 – 32 werden in den vertraulichen Teil beschlossen.**

**Abstimmungsergebnis:**      beschlossen

Ja:	19	Nein:	0	Enthaltung:	
-----	----	-------	---	-------------	--

#### **zu 7      Ansuchen um finanzielle Unterstützung "Die Eule" Vorlage: AL/814/2017**

##### Bericht:

Obfrau Zangerl-Walser berichtet, der Verein Eule hat ein Ansuchen um finanzielle Unterstützung für fünf betreute Kinder aus Zirl gestellt. Sie möchten pro Kind und Jahr € 150,- zur Unterstützung der Elternbeiträge erhalten.

Obfrau Zangerl-Walser erklärt, es gibt viele ähnliche Einrichtungen, wie zB auch über die Sonderschule Zirl gibt es solche Therapiemöglichkeiten, bei diesen die Eltern bei den Therapien über SPZ keinen Selbstbehalt zahlen müssen. Die Eule ist ein Verein, der eigentlich über das Land Tirol läuft. Es wäre auch vergleichbar wie die Lebenshilfe, auch dort läuft es übers Land. Im Einzelfall können auch die Eltern ein Unterstützungsansuchen an die Gemeinde stellen.

Daher war der Ausschuss der Meinung, dem Ansuchen nicht nachzukommen, jedoch können die Eltern bei Bedarf ein eigenes Ansuchen an die Gemeinde stellen.

Diskussion:

VBgm Rausch möchte hinterfragen, es handle sich um Krisenfamilien und daher gibt es einen klaren Grund für das Ansuchen. Im Ansuchen ist auch geschrieben, man sollte die Eltern nicht auf die Reise schicken und zwingen aus der Anonymität zu treten. Ihre Meinung ist, man wisse nicht genau, welche Krisen da betreut werden. Für 150 Euro pro Kind gibt es einen Nachweis, dass Zirler betreut werden. Daher würde sie den angeforderten Betrag auszahlen.

VBgm Zangerl-Walser erklärt, es gehe nicht um Krisen sondern Therapien. Herr Steffan (Leiter SPZ) habe dies im Ausschuss deutlich erklärt. Es gehe um therapeutische Zwecke.

**Antrag + Beschluss:**

**Es soll dem Verein Eule keine Unterstützung ausbezahlt werden, jedoch können die Eltern bei Bedarf ein eigenes Ansuchen an die Gemeinde stellen.**

**Abstimmungsergebnis:** beschlossen

Ja:	15	Nein:	4	Enthaltung:	
-----	----	-------	---	-------------	--

**zu 8 Subventionsansuchen der Rainbows Tirol  
Vorlage: AL/848/2018**

Bericht:

Obfrau Zangerl-Walser berichtet, der Verein Rainbows Tirol hat um eine finanzielle Unterstützung für die Betreuung und Unterstützung von Zirler Kindern angesucht. Sie bieten Beratung und Begleitung für Kinder bei Todesfall und Trennung an. Sie machen einen guten Job und bekommen keine Unterstützung vom Land. Es wird (wie bereits im Vorjahr) um einen Betrag von € 250,- angesucht. Im Ausschuss wurde vorberaten dies zu gewähren.

Diskussion:

Keine Wortmeldungen.

**Antrag + Beschluss:**

**Dem Verein Rainbows soll eine einmalige Unterstützung von € 250,- für die Betreuung von Zirler Kindern zuerkannt werden.**

**Abstimmungsergebnis:** beschlossen

Ja:	19	Nein:	0	Enthaltung:	
-----	----	-------	---	-------------	--

**zu 9 Antrag der Fraktion Zirl Aktiv - Förderung für Tagesmütter  
Vorlage: AL/798/2017**

Bericht:

Obfrau Iris Pichler berichtet vom Antrag der Fraktion Zirl Aktiv, Tagesmütter in Zirl zu fördern. Dies im Gesamtausmaß von € 4.000,--. Neuen Tagesmüttern sollen bis zu € 400,-- ausbezahlt werden, wenn diese eine entsprechende Ausbildung sowie Rechnungen der benötigten Adaptierungen der eigenen Wohnung bzw Anschaffung von Spiel- und Gebrauchsmaterial mit ihrem Antrag vorweisen können.

Im Ausschuss wurde dieser Antrag positiv vorberaten, daher geht die Empfehlung an den Gemeinderat zu einer positiven Beschlussfassung.

Sie fügt hinzu, es gibt eine Förderung in Höhe von €17.000,--, die die Gemeinde an das Land zur Förderung von Tagesmüttern zahlt. Ihr Vorschlag lautet daher, nur 2.000,-- Euro zur Verfügung zu stellen, damit könnten 5 Tagesmütter gefördert werden.

Diskussion:

VBgm Rausch geht auf den Antrag ein, es sollten laufende Förderungen an die Tagesmütter bezahlt werden. Die Tagesmütter haben im Ausschuss genau über ihre Tätigkeit aufgeklärt. Wir reden davon dass man Tagesmütter finden muss und haben Platzprobleme in der Kinderkrippe. Dies wäre ein guter Weg, um kostengünstig eine Betreuung zu schaffen. Es geht vor allem darum, Frauen ein Startkapital zu ermöglichen. Mit den Trägervereinen könnte ein System gefunden werden, dass der Stundensatz, den die Tagesmütter bekommen, subventioniert wird.

Bgm Öfner ist bereit das weiterzuentwickeln. Die Idee und den Antrag erachtet er als gut. Die Überlegung war, dass es nicht im Budget ist und wenn 5 Tagesmütter gefunden werden können, dann wäre man auch gut unterwegs.

VBgm Rausch möchte nicht nur einen Anreiz starten sondern es soll laufend unterstützt werden. Wenn man 2 Tagesmütter findet, hat man 16 Betreuungsplätze geschaffen.

GR Iris Pichler geht auf die Diskussion im Ausschuss ein und dass Tagesmütter nichts zusätzlich verdienen können.

VBgm Zangerl-Walser fragt noch einmal nach den Transferzahlungen ans Land.

Dies wird im Plenum beantwortet.

**Antrag + Beschluss:**

**Dem Antrag der Fraktion Zirl Aktiv bezüglich der Förderung von Tagesmüttern in Höhe von gesamt € 4.000,-- wird gedeckelt pro Tagesmutter mit € 400,-- stattgegeben.**

**Abstimmungsergebnis:** beschlossen

Ja:	19	Nein:	0	Enthaltung:	
-----	----	-------	---	-------------	--

**zu 10 Gebührenänderung für Mittagessen (alle Essen sollen gleich viel Kosten) der Bildungseinrichtungen und Anpassung der Betreuungstarife  
Vorlage: FIN/085/2017**

Bericht:

Obfrau Iris Pichler berichtet, dass in der Gebührenordnung der Gemeinde die Mittagessen und die Betreuungspauschale nicht getrennt sind. Im Ausschuss wurde vorbesprochen, dass € 4,80 als einheitlichen Tarif für das Mittagessen in den Kinderbetreuungseinrichtungen für sinnvoll erachtet werden. Die Leiterinnen müssten sich bei einer Angleichung nicht mehr vor Eltern rechtfertigen.

Die Kinderkrippe soll so bleiben wie gehabt.

Diskussion:

Keine Wortmeldung.

**Antrag + Beschluss:**

**Die Darstellung der Kosten der Mittagessen soll mehr transparent gestaltet werden. Alle Mittagessen sollen € 4,80 kosten und die Betreuung € 0,70 pro Tag. Die Kinderkrippe bleibt gleich, alle anderen Gemeindeeinrichtungen werden gleich viel kosten.**

**Abstimmungsergebnis:** beschlossen

Ja:	19	Nein:	0	Enthaltung:	
-----	----	-------	---	-------------	--

**zu 11      Antrag Liste Für Zirl auf Hortöffnung während der Sommermonate für alle Kinder im Alter von 6 bis 12 Jahren  
Vorlage: AL/810/2017**

Bericht:

Obfrau Iris Pichler berichtet vom Antrag der Fraktion Für Zirl den Hort während der Sommermonate für alle Kinder im Alter von 6 bis 12 Jahren zu öffnen. Der Hort ist seit letztem Jahr bei der Marktgemeinde Zirl. Bis jetzt konnten nur die angemeldeten Hortkinder im Sommer den Hort besuchen. Die Idee war, dass alle Zirlener den Hort zur Verfügung haben sollten.

Der Hort wäre im Sommer von 7:30 Uhr bis 16:30 geöffnet.

Es gäbe zwei Regelungen:

Mittagsregelung von 7:30 – 12:30 Uhr

Nachmittagsregelung 12:30 bis 16:30

Hortpauschale würde von 7:30 – 16:30 Uhr € 40,00 betragen

Von 7:30 – 12:30 Uhr würde die Pauschale € 25,00 betragen

Mittagessen könnte um € 4,80 angeboten werden.

Es ergeht vom Ausschuss die Empfehlung an den Gemeinderat, dem Antrag der Liste für Zirl auf Hortöffnung während der Sommermonate für alle Kinder im Alter von 6 bis 12 Jahren stattzugeben.

Diskussion:

VBgm Zangerl-Walser fragt ob dies budgetiert ist.

Obfrau Pichler Iris erklärt, dass man viel Förderung bekommt, wenn man längere Öffnungszeiten hat. Es braucht zwei Personen mehr. 9 Stunden pro Tag wäre der Hort geöffnet. Ca. 14.941 Euro pro Monat bekommen wir als Förderung vom Land. Bei einer Berechnung sollte man nicht viel mehr bezahlen müssen. Die höhere Förderung ist im Sommer möglich.

Ersatz-GR Thomaser fragt nach den konkreten Mehrkosten.

Bgm Öfner erklärt, dass man das nicht genau sagen kann, weil man nicht weiß wer dort arbeitet (Entlohnungsstufe, Vordienstzeiten etc).

VBgm Rausch fragt, ob zusätzlich jemand angestellt wird.

Obfrau Pichler erklärt, dass während dieser Zeit jemand angestellt wird. Urlaubszeiten sind abzudecken. Wenn 80 Kinder kämen würde es zwei Leute mehr brauchen, auch wegen der längeren Öffnungszeit. Pro Pädagogin bekommt man eine Förderung. Sie erklärt die Kosten für Pädagoginnen und Assistenzkräften. Derzeit waren im Sommer zwei Gruppen im Hort. Bei Stefan Bernhard waren auch ca zwei Gruppen.

VBgm Zangerl-Walser fragt nach der Gruppengröße, wenn drei Gruppen sind, dann braucht man nicht jemanden extra einstellen.

Obfrau Pichler erklärt, dass drei Gruppen mit dem Personal möglich sind. Der Finanzverwalter könnte die Kosten dafür ausrechnen.



Ersatz-GR Thomaser fragt nach den Auswirkungen für die anderen Einrichtungen wenn das „Leasing Personal“ (Heranziehung Pädagoginnen) im Sommer nicht mehr zur Verfügung steht.

VBgm Rausch fragt nach dem weiteren Prozedere für die Sommerbetreuung. Ab nächstem Jahr wäre das im Budget und man könnte besser planen. Sie fragt was passiert wenn Mitarbeiter sagen sie wollen das nicht (keine Aufstockung).

Obfrau Pichler Iris erklärt, dass auch eine Möglichkeit der Aufstockung gegeben wäre. Die Pädagogen kann man im Sommer heranziehen.

VBgm Zangerl-Walser geht auf das letzte Jahr ein betreffend der Sportwoche, ob man das anbieten kann.

Es wird über die Sportwoche im Sommer diskutiert und Frau Pichler erklärt, dass man dies auch zusätzlich anbieten kann.

VBgm Rausch ist der Meinung, dass im Ausschuss dies anders besprochen wurde, es habe geheißen, die Spiel mit mir Wochen und andere Angebote benötigt man nicht mehr.

Bgm Öfner erklärt dass die Hortschließzeiten (2 Wochen im Sommer) immer da sind, für diese Zeit etwas anzubieten, ist auch eine Herausforderung.

VBgm Rausch erklärt, dass es etwas anderes ist als im Ausschuss besprochen wurde. Sie möchte nicht, dass die Gemeinde zusätzliche Kosten hat.

#### **Antrag + Beschluss:**

**Dem Antrag der Fraktion Für Zirl auf Hortöffnung während der Sommermonate für alle Kinder im Alter von 6 bis 12 Jahren wird stattgegeben.**

**Abstimmungsergebnis:** beschlossen

Ja:	19	Nein:	0	Enthaltung:	
-----	----	-------	---	-------------	--

#### **zu 12      Antrag Verein Waldkiebitze um eine Projektförderung von € 40.000,- für die Waldkinderkrippe Hochzirl Vorlage: AL/757/2017**

##### Bericht:

Obfrau Pichler Iris berichtet von der Ausschussberatung. Mittlerweile wurde die Finanzierung geklärt, Frau Daniela Holer hat auch in der letzten Ausschusssitzung ihr Projekt vorgestellt. Die Waldkiebitze ist budgetiert und einen Teil davon kann man für die Förderung der Tagesmütter verwenden. Den Platz zur Errichtung der Waldkinderkrippe bekommen sie kostenlos von den Tirol Kliniken zur Verfügung gestellt. Bisher weiß man, dass zehn Zirler Kinder Interesse haben, die wir in unserer Krippe aus Platzgründen nicht unterbringen.

##### Diskussion:

Bgm Öfner ergänzt, dass im Budget 132.000 dotiert sind, in diesen sind die 40.000 Euro enthalten. Er erklärt, das Büro Landesrat Tratter hat heute telefonisch eine zusätzliche Förderung von 20.000 Euro zugesagt, mit der Maßgabe, dass die Förderung 2019 fließen wird. Für 2018 wird es nicht einfacher aber es kommt eine erhebliche Förderung dazu.

VBgm Rausch erklärt, dass unterschiedliche Unterlagen im Ausschuss waren. Ihr fehlt die Darstellung der Kosten. Aus der Sicht ihrer Fraktion wäre dieser Punkt noch einmal zu vertagen auch wegen den Anschlussgebühren (Höhe fehlt).

Bgm Öffner ist der Meinung, man kann gute Projekte auch zu Tode vertagen. Ihre Fraktion habe wie die Löwen für die Sonnensprossen gekämpft. Betreuungsplätze können wir nicht günstiger bekommen, vor allem weil wir 20.000 Euro zusätzlich Förderung von den GAF- Mitteln und 125,000 Euro Förderung im Bereich Bildung erhalten.

Der Beschluss soll so gefasst werden dass ein Deckel von 40.000 vorhanden ist. Die bauliche Umsetzung muss jetzt bald passieren, daher wird er den Punkt nicht vertagen. Die Förderung im Bereich Bildung ist gegeben, wenn man das heuer nicht umsetzt, sind die Geldmittel weg.

VBgm Zangerl-Walser geht auf die Meinung ihrer Fraktion ein, es gibt einen Grundsatzbeschluss. Sie fragt nach der Höchstgrenze von 40.000 Euro. Sie möchte, dass eine Voraussetzung ist, dass Zirler Kinder der Vorrang gegeben wird.

GR Kapferer fragt, ob die Erschließungskosten inkludiert sind in den 40.000 Euro.

Dies wird bejaht.

VBgm Rausch fragt nach der jährlichen Stammförderung für Kinderbetreuungseinrichtung und ob diese anteilig ausbezahlt wird.

Dies wird bejaht.

#### **Antrag + Beschluss:**

**Das Projekt Waldkinderkrippe in Hochzirl soll unterstützt werden, gedeckelt mit dem Maximalbetrag laut Ansuchen von € 40.000,- mit der Maßgabe, dass die konkreten Kosten im Zuge der Umsetzung geprüft werden.**

**Abstimmungsergebnis:** beschlossen

Ja:	19	Nein:	0	Enthaltung:	
-----	----	-------	---	-------------	--

#### **zu 13      Antrag von Zirl Aktiv auf Wirtschaftsförderung für Betriebe mit nachhaltigen Verpackungen Vorlage: AL/803/2017**

##### Bericht:

Obmannstellvertreter Kapferer Georg berichtet über den Antrag der Fraktion Zirl Aktiv betreffend einer Wirtschaftsförderung für Betriebe mit nachhaltiger Verpackung. Damit soll für Betriebe ein Anreiz geschaffen werden, auf umweltfreundliche Sackerln umzusteigen. Auch Betriebe die schon in ihrem Betrieb umgestellt haben, sollen eine Förderung erhalten.

15 Betriebe könnten in Zirl gefördert werden, Stoffsäcke zu verwenden.

Aus dem Budgetposten „Projektförderung Wirtschaft“ wäre die Finanzierung gedeckt.

##### Diskussion:

VBgm Zangerl-Walser fragt, ob die Geschäftsleute diese verkaufen oder gratis bekommen.

VBgm Rausch antwortet, dies bleibt dem Betrieb überlassen. Der Betrieb kann mit einem entsprechenden Nachweis einmalig eine Förderung lukrieren.

GR Kaufmann fragt nach der Richtlinie, die existiert. Er fragt, ob es in absehbarer Zeit eine Regelung gibt, dass Plastiksackerln verboten sind.

VBgm Rausch erklärt, es soll ein Anreiz für Zirler Betriebe sein. Wenn man die Kriterien erfüllt, dann kann man sich die Förderung abholen.

GR Hammer fragt, ob 200 Euro für einen großen Betrieb überhaupt ein Anreiz sind. Was die Wirtschaft oft für ein Budget hat wäre das ihrer Meinung nach ein Tropfen auf dem heißen Stein. Sie regt an, den Betrieben eher ein Angebot zu machen Werbung auf der Homepage oder im schaufenzter zu platzieren.

VBgm Rausch erachtet diese Idee nicht für sinnvoll. Werbung zur Verfügung zu stellen erachtet sie als kritisch bei nur 4 Ausgaben im Jahr. Als Gemeinde soll vor allem durch eine positive Beschlussfassung für die kleinen ansässigen Wirtschaftsbetriebe ein Anreiz geschaffen werden.

Ersatz-GR Thomaser erklärt, im Sinne der e5 Gemeinde wäre dies eine gute Maßnahme. Der Betrag ist klein, aber es geht um symbolische Beiträge, als Gemeinde zu zeigen, dass man mitarbeitet.

**Antrag + Beschluss:**

**Dem Antrag der Fraktion Zirl Aktiv wird stattgegeben. Zirler Betrieben soll nach deren Ansuchen mit einem Gesamtbetrag von € 3.000,-- für das Jahr 2018 und gedeckelt pro Betrieb mit maximal € 200,-- eine Wirtschaftsförderung zum Kauf nachhaltiger Verpackungen ausbezahlt werden.**

**Abstimmungsergebnis:** beschlossen

Ja:	15	Nein:	4	Enthaltung:	
-----	----	-------	---	-------------	--

**zu 14 Beratung und Beschlussfassung über eine eventuelle Anpassung der Aufwandsentschädigungen für Gemeinderäte.  
Vorlage: FIN/088/2017**

Bericht:

Obmannstellvertreter Kapferer verweist auf den Aktenvermerk des Finanzverwalters. Im Voranschlag 2018 wurde der Ansatz für Aufwandsentschädigungen an die Gemeinderäte um 15 % niedriger angesetzt als im Vorjahr. Gegenstand der heutigen Beratung ist eine Entscheidungsfindung, ob die Aufwandsentschädigungen in diesem Ausmaß gekürzt werden oder nicht.

Im Wirtschaftsausschuss wurde mehrheitlich die Zustimmung für eine Kürzung erteilt.

Diskussion:

Bgm Öfner möchte vorab abfragen ob für eine Kürzung eine Mehrheit gefunden werden kann und dann erst die einzelnen Kürzungen beschließen.

VBgm Zangerl-Walser erklärt, dass nach dem Bundesgesetz eine jährliche Erhöhung sein sollte die in Zirl nicht vollzogen wird.

GR Pichler Iris ist der Meinung, man möchte überall sparen und kürzen, das ist ein gutes Zeichen, dass man bei sich selbst auch spart.

GV Stolze ist ebenfalls bereit, ein Zeichen zu setzen, aber er möchte, dass dies nicht im großen Topf des Budget untergeht, sondern für einen guten Zweck verwendet wird.

VBgm Zangerl-Walser fragt, ob der Bürgermeister bereit ist, 15 % seines Gehaltes an die Gemeinde abzugeben.

Bgm Öfner erklärt, dass der Bgm-Gehalt gesetzlich vorgegeben ist, und das sei sein Einkommen er macht das hauptberuflich. 15 % der Gemeinde einfach so abgeben, wird er nicht. Diese Thematik ist eine ganz andere. Es geht nicht darum jemanden gering zu schätzen, sondern er ist der Meinung, dass auch bei den Gemeinderäten eingespart werden kann. Eine Diskussion über seinen Gehalt erachtet er als unsachlich, das sei schließlich sein Gehalt, nicht wie bei den anderen die beruflich andere Einnahmequellen haben.

**Antrag + Beschluss:**

**Die Aufwandsentschädigungen der Gemeinderäte sollen entsprechend dem Budgetansatz um 15 % gekürzt werden**

**Abstimmungsergebnis:** abgelehnt

Ja:	10	Nein:	9	Enthaltung:	
-----	----	-------	---	-------------	--

**zu 15 Beratung und Beschlussfassung über die Anschlussgebühren Breitband  
Vorlage: AL/826/2017**

Bericht:

Obmannstellvertreter Kapferer erinnert an die Beratung und Beschlussfassung in der Gemeinderatssitzung am 14.12.2017 über die Gemeindeabgaben ab 01.01.2018. Sämtliche Gebühren wurden einstimmig beschlossen, lediglich die Anschlussgebühren für das Breitband sollen noch einmal beraten und dann im Gemeinderat beschlossen werden.

Auf den Aktenvermerk des EDV-Sachbearbeiters wird eingegangen. Im Ausschuss wurde vorberaten, dass man eine Anschlussgebühr von € 150,- verrechnen sollte.

Diskussion:

Bgm Öfner fügt hinzu der Anschlusspunkt soll die Grundgrenze sein.

**Antrag + Beschluss:**

**Für die Aktivierung eines Breitbandanschlusses wird eine Anschlussgebühr von € 150,- verrechnet. Der Übergabepunkt wird entsprechend der Empfehlung der Abteilung Bauamt & Infrastruktur unmittelbar hinter der Grundstücksgrenze zum öffentlichen Gut festgelegt, die restlichen Kosten der Leerverrohrung sind vom Kunden selbst zu tragen.**

**Abstimmungsergebnis:** beschlossen

Ja:	19	Nein:	0	Enthaltung:	
-----	----	-------	---	-------------	--

**zu 16 Antrag von Herrn Hynek auf Anpachtung des Gst 1407  
Vorlage: AL/746/2017**

Bericht:

Obmannstellvertreter Kapferer berichtet, dieser Antrag wurde zweimal wegen nochmaliger Abklärungen im Wirtschaftsausschuss behandelt. Im Zuge der Sitzung wurde bekannt, dass das Grundstück 1408 bereits zweimal verpachtet ist, nämlich einmal an Herrn Hynek (Mietvertrag vom 31.01.2013) und einmal an den Ziegenzuchtverein „Zirler Goaßer“ (Pachtvertrag vom 18.10.2010).

Im Wirtschaftsausschuss wurde der Punkt seinerzeit vertagt, und zwischenzeitlich seitens dem Obmann des Ziegenzuchtvereines mitgeteilt, dass der Ziegenzuchtverein die Grundstücke 1407 und 1408 nicht mehr als Pachtgegenstand benötigt. Einer Verpachtung des GSt. 1407 (1408 hat er bereits in Pacht) steht somit aus Sicht des Ziegenzuchtvereines nichts im Wege. Das Amt hat zwischenzeitlich eine Nachtragsvereinbarung zum Pachtvertrag mit dem Ziegenzuchtverein vorgelegt, mit dem der Ziegenzuchtverein einverstanden ist.

Diskussion:

Keine Wortmeldung.

**Antrag + Beschluss:**

**1. Beschlussfassung Pachtvertrag Hynek:**

Der Antrag von Herrn Hynek auf zusätzliche Anpachtung des Gst. 1407 GB Zirl soll genehmigt werden. Es ist schriftlich festzuhalten, dass der Pächter für eine ordentliche Bewirtschaftung der gesamten Fläche sorgt. Der Mietvertrag vom 31.01.2013 ist dahingehend zu ergänzen, alle übrigen Vertragsbestandteile bleiben unverändert aufrecht.

**2. Beschlussfassung über Nachtragsvereinbarung Ziegenzuchtverein:**

Die Nachtragsvereinbarung mit dem Ziegenzuchtverein Zirler Goaßer soll entsprechend dem beiliegenden Entwurf unterfertigt werden.

**Abstimmungsergebnis:** beschlossen

Ja:	19	Nein:	0	Enthaltung:	
-----	----	-------	---	-------------	--

**zu 17 Antrag von Herrn Seidl auf Umgestaltung der Blumeninsel bei der Terrasse der Schwarzen Katz  
Vorlage: AL/828/2017**

Bericht:

Obmann Kapferer erklärt in kurzen Worten das gewünschte Vorhaben von Herrn Seidl. Er möchte die bestehende Blumeninsel vor dem Tourismusbüro entfernen und durch eine Bepflanzung die Abschirmung herstellen. Für die Dorfkrippe im Winter stellt dies nach Gesprächen und einer Begehung kein Problem dar. Daher lautet die Empfehlung, dem Ansuchen stattzugeben. Die Kosten dafür würde Herr Seidl tragen.

Diskussion:

VBgm Rausch fragt nach einer planlichen Darstellung.

GR Kapferer erklärt, es werden Blumentröge auf einem Raum von ca 10 qm stehen. Er beschreibt die Änderung und hält diese Wortmeldung für lächerlich.

Ersatz-GR Redolfi fragt, ob der Pachtvertrag geändert wird (Pachterhöhung wegen Flächen-erhöhung für Nutzung).

Es wird rege über diese Wortmeldung und der Sinnhaftigkeit diskutiert.

**Antrag + Beschluss:**

**Dem Antrag von Herrn Seidl zur Entfernung der bestehenden Blumeninsel sollte stattgegeben werden.**

**Die Bepflanzung im Winter sollte nochmals abgeklärt werden, das Aufstellen der Dorf- krippe vor dem Tourismusverband muss gewährleistet sein.**

**Abstimmungsergebnis:** beschlossen

Ja:	19	Nein:	0	Enthaltung:	
-----	----	-------	---	-------------	--

**zu 18 Löschung WBP .617 Wassergenossenschaft Schlossbach  
Vorlage: INFR/027/2017**

Bericht:

Obmann Kapferer erläutert die geschichtliche Entstehung und Bedeutung dieser Anlage. 2014 hat die Gemeinde schon um Löschung angesucht, ein Gutachter hat den Entschluss gefasst, dass das Wasserrecht nicht mehr genutzt werden kann. Er selbst hat mit dem einzigen Nutzer gesprochen, dieser benötigt dies dringend. Der Dorfbrunnen zB wird in das Bauwerk eingeleitet. Es handelt sich für ihn auch um eine schwierige Entscheidung. Er denkt, man sollte die Löschung nicht durchführen, da noch eine Nutzung stattfindet.

Diskussion:

Ersatz-GR Plattner Martin erklärt, dass er das im Ausschuss anders verstanden hat, nämlich, dass es nicht einfach sei das Bauwerk einfach zu behalten, denn dann müsse die Gemeinde das Einlaufbauwerk herstellen. Es handelt sich um zusätzliche Kosten für die Gemeinde. Der einzige Nutzer kann die Wässer anderweitig bekommen, vor allem bei der heutigen Technologie. Regenabwässer kann man trotzdem einleiten.

GR Kapferer erklärt, es könnte die Behörde aktiv werden und die Gemeinde muss das dann nicht löschen.

Ersatz-GR Stippler geht auf das angesprochene Gutachten ein, er fragt ob das dafür steht.

GV Gspan erklärt, er selbst war auch in der Vergangenheit dagegen, dass man das löscht. In der Form vom Bescheid von 1929 ist das Bauwerk nicht mehr da, aber es funktioniert ja noch. Wenn die Behörde sagt, das Bauwerk ist nicht mehr Bestand, dann muss man das akzeptieren. Aber die Behörde soll das dann anordnen und er regt an, dass das nicht die Gemeinde selbst tun sollte.

VBgm Zangerl Walser befürwortet die Wortmeldung, dass die Behörde von Amts wegen tätig werden soll.

Bgm Öfner erklärt, dass es aus der Vorperiode einen Antrag der Gemeinde gibt, dies zu löschen. Die Behörde möchte von uns eine Antwort haben und hat uns eine Frist gesetzt.

**Antrag + Beschluss:**

**Der Antrag auf Löschung WBP .617 Wassergenossenschaft Schlossbach von der Marktgemeinde Zirl soll bestätigt werden.**

**Abstimmungsergebnis:** beschlossen

Ja:	12	Nein:	7	Enthaltung:	
-----	----	-------	---	-------------	--

**zu 19      Beratung und Beschlussfassung Verkehrsverhältnisse Zirl, Petttau, Telfs /  
Überprüfung B171 Tiroler Straße  
Vorlage: INFR/040/2017**

Bericht:

Obmann Kapferer berichtet über die Schutzwege auf der B 171 und dass es eine behördliche Überprüfung gegeben hat. Die Problematik ist in Eigenhofen der Schutzweg, der in dieser Form laut der Bezirkshauptmannschaft Innsbruck nicht mehr verordnet werden kann. Es benötigt eine Kostenschätzung, was pro Schutzweg an Kosten aufgebracht werden müssen. Wir wollen gesetzeskonform sein.

Weiters sind im Zuge der Überprüfung der Behörde die mangelnde Beleuchtung der Schutzwege negativ aufgefallen.

Wichtig ist eine Verkehrszählung an den Schutzwegen.

Die Umsetzung sollte 2018 gestartet werden.

Die Rückmeldung an das Land sollte mit den geplanten Umsetzungsplänen erfolgen. In der Begehung wurde angedroht, dass Schutzwege entfernt werden.

Diskussion:

Ersatz-GR Stippler fragt wegen der Geschwindigkeitsbegrenzung. Innerhalb Ortstafeln ist seiner Ansicht nach eine 50 km/h Beschränkung erlaubt. Er fragt ob dies möglich ist.

GR Kapferer erklärt, es benötigt ein Gutachten eines Verkehrsplaners, der das begründet. Eigenhofen hat zu wenig dörflichen Charakter, die die 50 km/h Beschränkung gerechtfertigten.

GR Hammer fragt, wie viele Schutzwege das betrifft. Sie fragt ob man gegen die Firma die das ausgeführt hat, Regress führen kann.

GR Kapferer erklärt, bis auf einen sind alle Schutzwege betroffen. Die Abteilungen des Landes haben nicht miteinander koordiniert.

GR Stecher ist der Meinung, die Chancen für einen 50er seien groß. Er geht auf die Vergangenheit von der Gemeinde Polling ein. Da gibt es bei einer Beschränkung keine Häuser in der Umgebung. Die Begründung, dass das in Eigenhofen nicht möglich sei, verstehe er nicht.

GR Kapferer beschreibt das Beispiel der Gemeinde Pettnau, diese hatte auch keine Chance eine 50er Beschränkung zu bekommen.

VBgm Rausch geht auf die heutige Präsentation vor der Sitzung ein und fragt, ob ein Aufschub für die Umsetzung erwirkt werden kann. Man könnte beim Land argumentieren, dass ein Verkehrsplaner schon mit der Erstellung eines Gutachtes dran ist.

GR Kapferer erklärt, dass bei der Verhandlung eine Frist von einem halben Jahr für die Umsetzung gesetzt wurde. Wenn der Bgm eventuell dort anruft könnte ein Aufschub möglich sein.

GR Graf geht auf einige Gegenbeispiele ein. ZB ist in Seefeld auch eine 50er-Beschränkung. Er fragt nach einer Möglichkeit, wenn der Schutzweg entfernt wird, den Übergang sicher zu gestalten. In Hatting und Pettnau zB war von heute auf morgen der Schutzweg weg.

Bgm Öfner erachtet eine gänzliche Streichung des Schutzweges auch als suboptimale Lösung.

VBgm Zangerl-Walser möchte, dass die Gemeinde so schnell wie möglich ans Land schreibt, dass ein Verkehrskonzept gemacht wird und dass bis dorthin der Schutzweg bestehen bleiben könnte.

Für Ersatz-GR Plattner ist es wichtig, Angebote von einem Gutachter einzuholen, dass man Argumente für eine 50er Beschränkung bekommt.

VBgm Rausch befürwortet die Wortmeldung von VBgm Zangerl-Walser. Es sollte so schnell wie möglich agiert werden.

GR Hammer erklärt die Problematik aus ihrer Sicht: Beamte waren unterwegs, haben das gesehen, somit wurde es amtskundig. Wenn ein Kind zu Schaden kommt, ist der der das gesehen hat, mitverantwortlich. Sie vermutet dass ein längerer Aufschub nicht gewährt werden wird.

GV Stolze fragt nach der Anzahl der Schutzwege.

Es handelt sich um 12 Schutzwege

GR Graf geht auf andere betroffenen Gemeinden entlang der Bundesstraße ein. Es sollte Kontakt mit diesen Gemeinden aufgenommen werden, nachfragen was diese unternehmen und dann gemeinsam dagegen vorgehen.

VBgm Zangerl-Walser beschreibt die besondere Situation in Zirl, dass ein Verkehrskonzept gemacht wird, das das Land Tirol unterstützt. Dies sollte bei der Begründung für den Antrag auf Aufschub helfen.

**Antrag + Beschluss:**

**Die von der Bezirkshauptmannschaft Innsbruck aufgezeigten Mängel (wie zB fehlende Beleuchtungen der Schutzwege, Mängel der Aufstandsflächen, Sicherheit Schutzweg Eigenhofen) sollen behoben werden. Es sollen Angebote von einem Gutachter, der Argumente für eine 50er Beschränkung bzw zur Erhaltung des Schutzweges in Eigenhofen eingeholt und ausgearbeitet werden. Es soll umgehend an die zuständige Abteilung ein Ersuchen um Aufschub der Entfernung angesucht werden (mit Begründung Verkehrskonzept oder ob möglich 50er Beschränkung zu bekommen)**

**Abstimmungsergebnis:** beschlossen

Ja:	19	Nein:	0	Enthaltung:	
-----	----	-------	---	-------------	--

**zu 20      Parkplatzgebühren Rettung  
Vorlage: AL/851/2018**

**Bericht:**

Dieser Tagesordnungspunkt wurde in der Budgetsitzung beschlossen.

**zu 21      Beratung und Beschlussfassung über die Fortschreibung des ÖROK  
Vorlage: BAU/104/2017**

**Bericht:**

Obmann Gspan berichtet, im November 2017 war dieses Thema auch schon im Ausschuss. Zur 1. Fortschreibung des örtlichen Raumordnungskonzeptes hat am 14.12.2017 um 14 Uhr in der Abteilung Bau- und Raumordnungsrecht in Beisein von Dr. Peter Hollmann, Josef Hopfichler, DI Franziska Ewerz, Anna-Maria Weber (PlanAlp), Bgm. Mag. Thomas Öfner, GV Josef Gspan, Ing. Walter Würtenberger und Martin Gapp eine Besprechung stattgefunden und wurden folgende Punkte abgeklärt bzw. besprochen, welche dann im Ausschuss beraten wurden. Es werden vier Beschlüsse heute benötigt.

1. Die planlichen Korrekturen bzw. Ergänzungen werden vom Büro PlanAlp eingearbeitet. Es handelt sich dabei um keine Änderungen des Konzeptes in inhaltlicher Form. Für den Auflagebeschluss gibt es eine Aufstellung.

Keine Empfehlung im Ausschuss erforderlich.

2. Die Pflicht zur Erlassung eines Bebauungsplanes soll nach Meinung der Aufsichtsbehörde ausgeweitet werden. Dies aus dem Hintergrund, da ansonsten Grundstücke, die bereits gewidmet und noch nicht bebaut sind, durch eine Baumaßnahme angrenzender Grundstücke unter Umständen nicht mehr erschlossen wären. Eine Bebauung kann man nur über einen Bebauungsplan rechtlich sicherstellen. Diese Pflicht der Erlassung eines Bebauungsplanes ist direkt im „Plan“ ersichtlich zu machen. Diese Bereiche sind klar von jenen Bereichen ohne Bebauungsplanpflicht abzugrenzen.

Im Ausschuss wurde bei diesem Thema diskutiert, dass dann auch bei geringeren Zubauten diese auch nur mit einem Bebauungsplan möglich



sind. Es handle sich aber um unbebaute Bereiche. Folgende Bereiche wurden im Ausschuss diskutiert und sollten aufgenommen werden

- südlich Hauptschule (westl. Bolzplatz)
- Südliches Ende Wiesenweg
- Östlich der Hauptschule
- südl. Ende Krippenweg
- Wetterkreuzweg (nördlich vom Gießen)
- Teriolisweg („Kainz“)
- Mühlfeld (Schießstandweg)
- Fragensteinweg (unterhalb alter Weingarten)
- Am Weingarten (süd/westlich Schwimmbad)
- ehemals Hammerle Schlossbach

Bei diesen Gebieten handelt es sich um größer zusammenhängende Freiflächen. Das Land hat noch zwei weitere (zB oberes Ehnbachfeld) empfohlen, die der Ausschuss aber nicht befürwortet hat.

3. Die vorgesehene Erweiterung der landwirtschaftlichen Vorsorgegebiete im Bereich der „Unteren Ehnbachfelder“ wird seitens des Landes zurückgenommen, sodass in diesem Bereich in Zukunft weiterhin eine bauliche Entwicklung möglich sein wird. Die Fläche bleibt jedoch wie bisher ein „Freihaltefläche“ mit Erwähnung im Anhang. Daher könnte seitens der Gemeinde auf die „Kesselböden“ verzichtet werden. Auch wäre dieser Bereich rechtlich nur schwer durchsetzbar (Natura 2000-Gebiet). Mit einer aufsichtsbehördlichen Genehmigung dieses Bereiches ist keinesfalls zu rechnen.

Die Kesselböden sollen daher gemäß Empfehlung des Ausschusses herausgenommen werden. Die Vorsorgefläche bleibt weiterhin eine grüne Fläche (FL).

4. Ebenso wird die vorgesehene landwirtschaftliche Vorsorgefläche im geplanten „Gewerbegebiet Ost“ zurückgenommen, sodass dieses Gebiet für eine gewerbliche Nutzungsmöglichkeit möglich erscheint. Die Widmungsvoraussetzungen (rote Zone, Geologie) ist im Zuge des Widmungsverfahrens abzuklären. Ergänzend wird festgehalten, dass derzeit die Firma Plattner Aufschüttungen in diesem Bereich vornimmt. Derzeit bleibt die Fläche „Freihaltefläche“, eine ÖROK-Änderung wäre nach Abschluss der Schüttungen und Überarbeitung des Gefahrenzonenplanes möglich.

Keine Empfehlung im Ausschuss erforderlich.

5. Auf Anfrage wird seitens der Aufsichtsbehörde mitgeteilt, dass eine Ausweitung der vorgesehenen landwirtschaftlichen Vorsorgeflächen nur möglich ist, wenn die entsprechenden Kriterien (Größe, Qualität, ...) bei der Auswahl der Grundflächen vorliegen. Eine Aufnahme kleinerer Flächen wäre nur möglich, wenn sich diese direkt angrenzend an einer vorgesehenen Fläche befinden.

Keine Empfehlung im Ausschuss erforderlich.

6. Einer Verlegung der Siedlungsgrenze, die derzeit nördlich des Grundstückes Nr. 400 vorgesehen ist, auf die Hangkante, kann aus Sicht der Aufsichtsbehörde zugestimmt werden. Es wäre ein eigener Zähler zu definieren und in der Zählerbeschreibung die Widmungsvoraussetzungen zu definieren (Bsp.: bodenmechanisches Gutachten, Vertragsraumordnung, ...). Das Planzeichen hinsichtlich der geotechnischen Beurteilung ist entlang der Hangkante auch bei der Gp. 400 im Plan ersichtlich zu machen. Falls dieser Bereich in die bauliche Entwicklung aufgenommen wird, ist der Umweltbericht entsprechend zu ergänzen.

Dies empfiehlt der Ausschuss zu beschließen.

Ergänzt werden soll im Bereich Dornach/Moosscheibe:

Die Fläche für landwirtschaftliche Bauführungen soll entsprechend der Grenze zwischen der roten und gelben Zone dargestellt werden.

Dies empfiehlt der Ausschuss zu beschließen.

Diskussion:

Keine Wortmeldung.

**Antrag + Beschluss:**

**Der Gemeinderat beschließt, die seitens des Raumordnungsausschusses empfohlenen Änderungen bzw. Ergänzungen in der 1. Fortschreibung des örtlichen Raumordnungskonzeptes einarbeiten zu lassen.**

- Die „Kesselböden“ werden aus dem Anhang der Verordnung gestrichen.
- Die Pflicht der Erlassung eines Bebauungsplanes wird entsprechend der Empfehlung des Raumordnungsausschusses in der 1. Fortschreibung des örtlichen Raumordnungskonzeptes aufgenommen.

**Folgende GstNrn:**

1819/2, 1820/1 und 1820/2 (südlich der Hauptschule – westlich Bolzplatz)

1809/1, 1809/2, 1810/5, 1810/10, 1810/11 (südliches Ende Wiesenweg)

1812/2, 1812/3, 1814/5 (östlich der Hauptschule)

1800, 1786, 1799/1, 1798/1 (südliches Ende Krippenweg(westlich))

1776 und 1777 (Wetterkreuzweg (südlich zum Gießen))

1708/1, 1708/2, 1708/3 und 1708/4 (Teriolisweg („Kainz“))

1529, 1536, 1537 und 1538 (Mühlfeld (Schießstandweg))

211/3 und 212/8, 209, Teilfläche 210/1 (Fragensteinweg (unterhalb Weingarten))

256/1, 257/1, 257/3 und 3000 (Am Weingarten (süd/westl. Schwimmbad))

351/1, 351/4, 351/5, 351/6, .901, .902, .903, 402/3, 353/2 (ehemals Hammerle (Schlossbach))

- Die Siedlungsgrenze im Bereich des Grundstückes Nr. 400 soll an den Südrand dieses Grundstückes geschoben werden. Ein Stempel mit Bebauungsplanpflicht, Vertragsraumordnung und geologischer Stellungnahme ist dort zu ergänzen.
- Bereich Dornach/Moosscheibe:  
Die Fläche für landwirtschaftliche Bauführungen soll entsprechend der Grenze zwischen der roten und gelben Zone dargestellt werden.

**Abstimmungsergebnis:** beschlossen

Ja:	19	Nein:	0	Enthaltung:	
-----	----	-------	---	-------------	--

**zu 22 Beratung und Beschlussfassung betreffend einer Teilfläche der Gp 2730/1 (Meil) - Änderung Flächenwidmungsplan von Freiland in Gewerbegebiet - Bauansuchen von Alexander Witting  
Vorlage: BAU/078/2016**

Bericht:

Obmann Gspan berichtet, Herr Alexander Witting hat bereits im Jahr 2013 bei der Marktgemeinde Zirl einen Antrag um Baubewilligung für ein konsenslos errichtetes Lagergebäude sowie ein Flugdach auf dem gemeindeeigenen Grundstück Nr. 2730/1 errichtet.

Der Raumordnungsausschuss hat dieses Bauansuchen am 28.5.2013 aufgrund der vorliegenden Widmung als Freiland negativ beurteilt, da dieser Bereich des Grundstückes Nr. 2730/1 auch im derzeit in Kraft befindlichen Örtlichen Raumordnungskonzept nicht als Gewerbefläche ausgewiesen ist.

Im Zuge der 1. Fortschreibung des Örtlichen Raumordnungskonzeptes ist dieser Bereich des Grundstückes nunmehr als Gewerbefläche möglich, sodass nach Inkrafttreten der 1. Fortschreibung des Örtlichen Raumordnungskonzeptes eine Widmung möglich wäre.

Der Raumordnungsausschuss ist der Meinung, dass die Verlängerung des Kündigungsverzichtes für die Firma PORR nicht durchgeführt werden sollte. Das Grundstück ist derzeit verpachtet, es kann ein Grundsatzbeschluss gefasst werden, was mit der Widmung passieren soll. Es handelt sich um vier Pachtflächen in diesem Gebiet (Porr, Plattner und Witting). Alle drei Flächen sind verpachtet. Nach dem Auslaufen 2027 kann man entscheiden, was man mit Gebiet macht.

Diskussion:

Keine Wortmeldung.

**Antrag + Beschluss:**

**Der Gemeinderat beschließt grundsätzlich, dass im betreffenden Bereich des Gst 2730/1 eine Widmung als Gewerbegebiet vorgesehen ist. Hinsichtlich Parzellierung und Einholung der für die Änderung des Flächenwidmungsplanes erforderlichen Gutachten (Wildbachverbauung) möge das Bauamt die weiteren Schritte setzen.**

**Abstimmungsergebnis:** beschlossen

Ja:	19	Nein:	0	Enthaltung:	
-----	----	-------	---	-------------	--

**zu 23 Beratung und Beschlussfassung über Vertragsverlängerung der Fa. Porr /Teerag Asdag im Meilbrunnen  
Vorlage: AL/706/2017**

Bericht:

Obmannstellvertreter Kapferer berichtet über den Antrag der Firma Porr (Teerag Asdag), den Kündigungsverzicht des laufenden Pachtvertrags um weitere 10 Jahre zu verlängern.

Der Pachtvertrag für die Fläche im Ausmaß von 6.199 m<sup>2</sup> wurde im Jahr 2009 auf unbestimmte Zeit abgeschlossen, wobei während der ersten 10 Jahre ein verpächterseitiger Kündigungsverzicht besteht (also bis 01.07.2019). Nach dem 01.07.2019 kann das Pachtverhältnis unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von einem Jahr zum jeweiligen Jahresende beiderseits gekündigt werden.

Nachdem Porr in den nächsten Jahren größere Investitionen plant, ist für die Firma entsprechende Planungssicherheit erforderlich. Es wird daher beantragt, den Kündigungsverzicht um weitere 10 Jahre, also bis zum 01.07.2029, zu verlängern. Außerdem wird mitgeteilt, dass Porr auch am Abschluss eines längerfristigen Pachtvertrages, Baurechtsvertrages oder Ankauf des Grundstückes interessiert wäre.

Er informiert darüber, dass der Vertrag mit Fa. Plattner & Co Kalkwerk Zirl in Tirol bis 31.12.2027 unkündbar ist und empfiehlt eine Verlängerung der Kündigungsfrist im Vertrag mit Porr bis zu diesem Datum. Der Kündigungsverzicht sollte daher angeglichen werden an die Fa Plattner.

Diskussion:

VBgm Zangerl-Walser fragt, ob man eine Bedingung stellen kann, dass man dort Arbeitsplätze schaffen muss.

Bgm Öfner erklärt, dass ein GR-Beschluss von der Vorperiode gefunden wurde, dieser handelt rein von baulichen Maßnahmen. Man hat keinen Beschluss gefunden, dass bestimmte Arbeitsplätze geschaffen werden müssen.

VBgm Zangerl-Walser möchte, dass man einen entsprechenden Nachweises der Arbeitsplätze einholt.

**Antrag + Beschluss:**

**Der Pachtvertrag mit der Fa Porr vom 29.01.2014 soll folgendermaßen ergänzt werden: Der verpächterseitige Kündigungsverzicht gemäß Punkt IV des Vertrages vom 29.01.2014 wird bis zum 31.12.2027 verlängert. Alle übrigen Vertragsbestandteile bleiben unverändert aufrecht. Bezüglich Arbeitsplätze, die gemeldet werden sollen, sollen zusätzlich Gespräche mit der Leitung geführt werden.**

**Abstimmungsergebnis:** beschlossen

Ja:	19	Nein:	0	Enthaltung:	
-----	----	-------	---	-------------	--

**zu 24      Ansuchen um Erlassung eines Bebauungsplanes für die Grundstücke Nr. 3230 und 3261 - Franz-Seelos-Weg  
Vorlage: INFR/053/2017**

Bericht:

Obmann Gspan berichtet über das Ansuchen der Firma EGLO Immobilien GmbH.

Die Eglo Immobilien GmbH ist grundbücherliche Eigentümerin der Grundparzellen 3260 und 3261 und beabsichtigt die Errichtung eines Wohnbauprojektes auf diesen Parzellen.

Für die Umsetzung des Projektes würden die 2 Grundparzellen vereinigt werden, um darauf 3 Baukörper zu errichten. Die geplanten Baukörper sind oberirdisch voneinander getrennt, weisen eine Höhe von 3 Vollgeschoßen auf und beherbergen insgesamt maximale 30 Wohneinheiten.

Die erforderlichen KFZ-Stellplätze werden zum überwiegenden Teil unterirdisch untergebracht. Die Zufahrt zur Tiefgarage erfolgt an der Nord/Westseite.

Laut Schreiben vom 22.11.2017 wird selbstverständlich die „Zirler Regelung“ im vollen Umfang umgesetzt.

Im Ausschuss waren wir nicht beschlussfähig, GV Schöpf konnte als Planer nicht mitstimmen. Der Beb.plan war nicht im Ausschuss.

Obmann Gspan meint, dass ihm die BMD von max. 3,0 sicher zu viel ist. Die Kernzone erlaubt eine höhere Dichte. Bei einer Genehmigung dieser Dichte müsste auf die Folgeerscheinung gedacht werden. Es ist für ihn eine Grundsatzentscheidung, weil man in den letzten Jahren eine BMD von 2,1 eingehalten hat (Am Anger etc).

Im Zentrum wird dichter gebaut als außerhalb. Bei sozialen Wohnbauten wurde eine Erhöhung der BMD vorgenommen.

Angesprochen wird auch das Problem hinsichtlich der zunehmenden infrastrukturellen Belastung.

Diskussion:

Bgm Öfner erklärt, dass es seit der Ausschusssitzung viele Diskussionen gegeben hat. Bei ihm waren viele Gemeinderäte da und auch die Fa Eglo selber mit dem Modell. Es ist richtig, dass es in der Umgebung viele Bauten mit höherer Dichte gibt. Es wurden in der Vergangenheit Wintergärten abgelehnt und Raumerweiterungen abgelehnt. Die Mühe sei es wert, das Ganze noch einmal im RO-Ausschuss vorzubereiten, um eine Linie zu finden, die guten Gewissens nach außen vertreten werden kann.

Er will dies mit zur Diskussion stellen (noch einmal Nachdenkrunde im Ausschuss).

GR Stecher geht auf das geführte Gespräch mit dem Bürgermeister dazu ein. Bei BMD 3,0 hat er zuerst gedacht, es handle sich bei diesem Ansuchen um einen Faschingsscherz. Vor allem weil es sich um ein Projekt ohne öffentliches Interesse handelt. Es handelt sich um einen reinen Privatbau. Von heute auf morgen wird mit so einer Entscheidung der Grundpreis einfach erhöht (35%). Er weiß nicht ob das das richtige Signal ist. Es gehört darüber nachgedacht und mit dem Raumplaner ein Konzept erstellt. Die 2,1 wurden in der Vergangenheit immer eingehalten. Eine Ausnahme wurde gemacht, wenn die Gemeinde zB ein Projekt wie Gemeinnütziger Wohnbau unterstützt. Hier handelt es sich um ein Grundstück auf einer freien Wiese. Er befürwortet die Wortmeldung des Bgm.

Ersatz-GR Plattner ist auch für die Nachdenkrunde. Nachbargebäude sind in der Vergangenheit mit einer Dichte von 2,96 bebaut worden (auch auf einer grünen Wiese). Vielleicht kann man für die Beratung eruieren, warum diese Entscheidung damals so getroffen wurde.

GR Stecher erwidert, es handelt sich um Entscheidungen der 1990er Jahre. Er weiß nicht ob die angegebenen Zahlen so stimmen. Er weiß nicht ob dies vom Amt überprüft wurde.

GR Kapferer erklärt, man kann unterschiedliche Meinungen haben, man muss im Zentrum auch in der Zukunft dichter bauen. Ihm gefällt die Idee der Nachdenkrunde auch gut. Er bittet ob man einen Sonderausschuss abhält, und dann im Februar im Gemeinderat beschließt, um nicht viel Zeit zu verlieren.

Bgm Öffner stimmt zu, wenn man es schaffen könnte einen Sonder-RO-Ausschuss im Februar mitzunehmen, wäre das gut. Es sollte bald entschieden werden.

VBgm Zangerl-Walser wäre auch für diese Runde. Man darf nicht die Kleinen vergessen, die eine Ablehnung wegen einem Wintergarten erhalten haben. Sie möchte dass dies auch ange-dacht wird.

#### **Antrag + Beschluss:**

**Dem Antrag wird heute weder die Zustimmung noch die Ablehnung erteilt. Es soll dieses Thema in einem Sonderausschuss für Raumordnung neuerlich beraten und dem Gemeinderat neuerlich zur Entscheidung vorgelegt werden. Dies soll auch im Sinne des Investors und des Planers zeitnah erfolgen.**

**Abstimmungsergebnis:** beschlossen

Ja:	19	Nein:	0	Enthaltung:	
-----	----	-------	---	-------------	--

#### **zu 25 Antrag der Fraktion Frischer Wind und Grüne betreffend Darstellung der budgetären Deckung von Tagesordnungspunkten Vorlage: INFR/052/2017**

##### Bericht:

Bgm Öffner erklärt, den Antrag nicht gut zu finden, da der Antragsteller dann nicht mehr auf die budgetäre Deckung achten muss, weil er dann einfach einen Antrag stellen kann und der Obmann des jeweiligen Ausschusses muss dann zum Finanzverwalter und zum Bürgermeister gehen und nachfragen wie das finanziell abgegolten werden soll.

GV Stolze erwidert, der Gedanke war jener, dass der Obmann sagen könnte, ob im Budget ein Topf gefunden wurde oder nicht und dies vor einer Beschlussfassung im Gemeinderat. Im Budgetvoranschlag muss man schauen, wie man die -15% Kürzung zustande bringt. Eine Vorgangsweise, dass man nicht weiß, woher das Geld komme, erachtet er als kurios. Gerade

in Bezug auf die Höhe der Kosten, was in den vergangenen GR-Sitzungen so beschlossen wurde. GV Stolze zählt sodann einige Beschlussfassungen samt Summen auf.

Diskussion:

VBgm Rausch erachtet die Idee als sehr gut. Es sei eine Überlegung wert, wenn die Obleute auch vor der Beschlussfassung sagen, wenn die Gemeinde das nicht im Budget hat und woher man das Geld hernehmen kann. Oder das zB kein Geld mehr da ist bei diesem Budgetposten.

Bgm Öfner erklärt, wenn man diesen Antrag so beschließt, wie beantragt, dann liegt es immer bei den Obleuten. Er würde den Antrag so nicht beschließen, aber die Idee erachtet er als gut.

**Antrag + Beschluss:**

**Dem Antrag der Fraktion Frischer Wind und Grüne wird nicht stattgegeben. Bei einer Antragstellung einer Fraktion soll vom Antragsteller die budgetäre Bedeckung genannt werden.**

**Abstimmungsergebnis:** beschlossen

Ja:	19	Nein:	0	Enthaltung:	
-----	----	-------	---	-------------	--

**zu 26 Präsentation Angebote bezüglich Prozessbegleitung Begegnungszone  
Mob.konzept  
Vorlage: MELD/009/2018**

Bericht:

Bgm Öfner erklärt, er habe in der Vergangenheit nicht verstanden, warum die beiden Obleute sich nicht einigen konnten. Im Oktober 2017 hat es einen langen Zuweisungstext von ihm wegen der Zuständigkeit gegeben. Es geht jetzt um ein gemeinsames Anliegen damit man in eine gemeinsame Richtung gehen kann. Was bei der Kommunikation des Dorfspazierganges gesprochen wurde, kann er selbst nicht sagen. Die zwei Anbieter, die nur eine Prozessbegleitung angeboten haben, sollen auch für ein Mob.konzept ein Angebot erstellen. Dies war der Vorschlag der beiden Obleute.

Diskussion:

GR Stecher erklärt, dass der Grund für die drei unterschiedliche Angebote jener ist, dass man nur eine Prozessbegleitung angeboten haben wollte. Dies wurde beim Dorfspaziergang auch mit allen Anbietern geklärt. Der dritte Anbieter hat aber gesagt, sie wollen nicht nur eine Prozessbegleitung anbieten sondern auch ein Konzept. Vom Preis her wäre das Angebot sehr günstig. Beide anderen Anbieter können das Projekt aber auch anbieten. Das wäre der Vorschlag, dass die anderen beiden auch anbieten damit ein Vergleich geschaffen werden kann.

GR Kapferer stimmt zu. Wie heute gehört erachtet er einen BürgerInnenrat für sehr sinnvoll.

Bgm Öfner ersucht die Obleute schriftliche Aufträge zu erteilen. Dass beim Dorfspaziergang nur mündlich gesprochen wurde, hält er nicht für gut.

GR Stecher erwidert, dass bei der Einladung zum Dorfspaziergang die Punkte beschrieben wurden (Mob.konzept, Bürgerbeteiligungsprozess, Begegnungszone). Ein Team hat auch genau das angeboten, was wir wollten. Die zweiten konnten den Arbeitsumfang nicht abschätzen.

Bgm Öfner möchte geklärt haben, dass das Amt weiß was es den Anbietern schreiben soll.

VBgm Rausch fragt wegen der budgetären Deckung.

Bgm Öffner erklärt, dass man vom Land keine konkrete Summe bekommt, sondern diese fördern in Prozentsätzen, es gibt aber einen Deckel. Dies kann man für die Beschlussfassung vorbereiten.

Ersatz-GR Thomaser fragt noch einmal wegen der Finanzierung.

Bgm Öffner erklärt, für die Prozessbegleitung, die Dorferneuerung, die Begegnungszone bekommt man vom Land Förderungen. Ansonsten gibt es den Budgetposten Straßenbau.

GR Stecher erklärt, realistisch sind 50% der Kosten, die gefördert werden.

Ersatz-GR Thomaser fragt nach den Zuständigkeiten der unterschiedlichen Ausschüsse.

GR Stecher erklärt, die Prozessbegleitung betrifft die Begegnungszone und das Mobilitätskonzept, das bedeutet dass beide Ausschüsse involviert sind, ansonsten ist für die Begegnungszone der Ausschuss für Wohnen und Zentrumsentwicklung zuständig, für das Mobilitätskonzept der Mobilitätsausschuss.

Bgm Öffner ergänzt, die Prozessbegleitung wird maximal 50% gefördert, die Dorferneuerung 50-75%, es gibt einen Deckel von 25.000 Euro.

GV Stolze ist folgender Meinung: Betreffend dem Angebot Prozessbegleitung gibt es nur ein Angebot, das den Ansprüchen gerecht wurde. Bei einem Angebot wird alles angeboten, sonst wird das Projekt nicht gemacht. Man kann auch sagen, dass man nur die Prozessbegleitung will. Er findet es seltsam, dass man sich von zwei Anbietern einfach treiben lässt.

GR Stecher erklärt, dass der Auftrag klar war.

GR Albrecht möchte, dass man vor der Neuausschreibung darauf achtet, dass in den Protokollen keine angebotenen Summen stehen.

GR Graf fragt nach der Dauer von eineinhalb Jahren und ob das im Budget in der Mittelfristigen Finanzplanung enthalten ist.

Bgm Öffner erklärt, dies wird ein mehrjähriges umsetzen sein. Für das nächste Budget will er das einarbeiten lassen.

GR Kapferer erklärt, er habe das selbst noch nie gemacht, es macht mehr Sinn wenn das von Anfang an zusammenspielt.

GR Graf regt für die Zukunft in ähnlichen Situationen an, wenn ein Obmann ein Angebot präsentiert, dies nicht selbst zu tun, da man sich automatisch mit der Präsentation identifiziert. Wenn bei einem anderen Thema, die Partei die nicht da ist, sollte man vorher präsentieren lassen und dies nicht selbst übernehmen.

#### **Antrag + Beschluss:**

**Der Gemeinderat beschließt heute, keinem Anbieter den Zuschlag zu erteilen. Es wird an die beiden Anbieter, die nur eine Prozessbegleitung angeboten haben, ein Schreiben gerichtet, dass diese auch die Erstellung des Mob.konzept anbieten sollen. Es wird mit den Ausschussobleuten betreffend dem Text eine Abstimmung erfolgen. Dieser wird auch dem Drittanbieter übermittelt.**

**Abstimmungsergebnis:** beschlossen

Ja:	19	Nein:	0	Enthaltung:	
-----	----	-------	---	-------------	--

## **zu 27      Anfragen an den Gemeindevorstand**

### Bericht:

Es werden keine Anfragen gestellt.

## **zu 28      Anträge, Anfragen und Allfälliges (im öffentlichen Teil)**

### Bericht:

Bgm Öfner möchte zum heutigen Tagesordnungspunkt 14 anmerken, dass die Wortmeldung von VBgm Zangerl-Walser für ihn unsachlich war. Jeder weiß, dass er die Tätigkeit als Bürgermeister zu 100% ausführt. Das Einkommen als Bürgermeister ist sein Gehalt. In der Diskussion wäre ihm nie eingefallen, dass jemand sein Einkommen an die Gemeinde abgeben soll. Bei Entschädigung für den Gemeinderat und der Obleute kann man unterschiedlicher Meinung sein. Er erwartet sich Fairness im Umgang miteinander.

Er hat nie von einem verlangt, dass jemand sein Gehalt kürzen soll. Das Gehalt des Bgm ist da einzige, das er hat.

Er erachtet die Fragestellung der VBgm als grobe Themaverfehlung.

Sodann fragt er um weitere Wortmeldungen.

### Diskussion:

Ersatz-GR Thomaser sagt, morgen am Freitag findet die e5 Jahresplanungssitzung statt. Sie lädt die Obleute recht herzlich ein, um gemeinsam mitzuwirken.

Bgm Öfner ist unschlüssig, wegen der Verschiebung des Termins um eine Woche hat er eine klare Kollision.

VBgm Rausch fragt nach dem Weinhof und dem B4. Sie fragt wegen dem Behindertenparkplatz, der fälschlicherweise vor dem Amt entfernt wurde. Sie fragt an ob man ein Schild hinstellen könnte.

Bgm Öfner erklärt, das Schild habe man schon urgirt, es sei schon bestellt.

VBgm Rausch fragt nach dem Gehsteig in Eigenhofen auf Höhe Familie Geiger. Es gibt einen Beschluss des Gemeinderates vom 25.06.2014, diesen zu machen. Wegen dem Radweg Eigenhofen fragt sie, wie man da langfristig vorgehen will.

Bgm Öfner erklärt zum Radweg, dass es einen Termin mit der Asfinag geben soll. In einer Besprechung wurde vereinbart, es sollte möglich sein, unter der Autobahnbrücke einen Radweg zu gestalten, dann sollte die Überlegung Platz greifen, ob die geplante Radwegbindung am Innweg sinnvoll ist. Die Grobpläne wurden mit Dr. Molzer besprochen, eine ähnliche Förderung wie beim Radweg Ehnbach ist nicht möglich.

Das Geld ist derzeit nicht da.

GR Graf bittet, ob er beim Gespräch mit Asfinag dabei sein kann.

Bgm Öfner hat dies im Amt schon weitergegeben.

VBgm Zangerl-Walser fragt nach den Räumlichkeiten beim Schwimmbad betreffend dem Krippenverein und dem Stand. Sie fragt wie weit das in der Umsetzung ist.

Bgm informiert Gespräche mit dem Krippenverein zu führen.



VBgm Zangerl-Walser fragt wegen dem Sportplatzweg, da parken die Autos weit heraußen, es hat sich seit der letzten Sitzung nichts geändert. Sie fragt ob man jemanden hinschicken kann. Bei der Plakatierverordnung ist das Plakat für große Formate falsch drin, auch im schaufenzter stand das falsch. Das Format vom Antrag ist zu groß. Sie fragt weiters nach der Absage des Umweltausschusses, sie fragt ob man das e5 Team in den Umweltausschuss integrieren kann.

Bgm Öffner bittet in Zukunft ein Mail an das Amt zu schreiben bei solchen Angelegenheiten. Bgm Öffner warnt davor das e5 Team als Beirat zur Sitzung hinzuzuziehen, da der Ausschuss dann nicht mehr händelbar sein wird.

Ersatz-GR Thomaser erklärt, es ist eine andere Art des Arbeitens. Beim e5 Team wird mehr operativ gearbeitet. Der Umweltausschuss ist mehr beratend und nicht im operativen tätig. Das sind unterschiedliche Arbeitsweisen.

Ersatz-GR Mag. Rieder fügt hinzu, dass man ihrer Ansicht nach als e5 Gemeinde ein e5 Team bilden muss.

Ersatz-GR Thomaser erklärt, dies sei von Gemeinde zu Gemeinde unterschiedlich. Für Zirl würde sie das nicht empfehlen. Es gibt zwar Überschneidungen der Mitglieder, aber es hat sich die derzeitige Einteilung gut eingespielt.

VBgm Rausch erklärt, der Umweltausschuss wurde deswegen abgesagt, weil der Umweltausschuss für die Jahresplanung 2018 bei der e5 Jahressitzung dabei sein soll.

Ersatz-GR Thomaser erklärt ein Beispiel betreffend der Energiesparförderungen. Das e5 Team erarbeitet die Grundlage, die im Umweltausschuss dann vorberaten wird.

VBgm Zangerl-Walser bittet wegen dem Verkehr betreffend der Umfahrung Seefelder Straße ein Schreiben umgehend ans Land zu schicken wegen der 80er Beschränkung. Seitens des Landes gibt es eine Zusage für eine 80er Beschränkung, diese warten nur mehr auf das Schreiben der Gemeinde. Es sollte jetzt dem Land geschrieben werden, dass man einen 80er haben möchte.

Bgm Öffner erklärt, dass ein Büro beauftragt wurde, Handlungsfelder auszuarbeiten. Er hält es für nicht sinnvoll, vor dem Ergebnis des Gutachtens weitere Schritte zu setzen. Genau das Gutachten wird benötigt, um eine fachliche Diskussionsbasis mit den Verantwortlichen vom Land zu haben. Er spricht die Einladung aus, dass sich alle Initiativen zusammensetzen und gemeinsam eine weitere Vorgehensweise besprechen.

VBgm Zangerl-Walser erachtet es als schade, dass es nicht früher gemacht wurde.

GR Hammer fragt ob dann nicht die Gefahr besteht, dass das Land sagt, heute einen 80er zu verlangen und drei Wochen später einen 60er, was will die Gemeinde Zirl eigentlich. Diesen Weg erachtet sie ebenfalls als nicht sinnvoll.

GV Gspan fragt ob für die Fraktion Zirl Aktiv ein Mitglied des RO-Ausschusses nachnominiert wurde.

VBgm Rausch erwidert, dass das Schreiben heute ans Amt erfolgt ist.

## **Nicht öffentlicher Teil**

- zu 5      Ansuchen der NMS Inzing der finanziellen Unterstützung des Standortschikurses für zwei Zirler Schülerinnen**  
**Vorlage: AL/804/2017**

Das Ansuchen wurde abgelehnt und den Schülerinnen eine andere Möglichkeit für eine Unterstützung gewährt.

- zu 6      Ansuchen um finanzielle Unterstützung für eine Spitzensportlerin im Sportklettern**  
**Vorlage: AL/805/2017**

Der Antragstellerin wurden 100,--€ als Unterstützung gewährt.

- zu 29      Anfragen an den Leitungsausschuss - Personalentscheidungen**

Es wurden keine Anfragen gestellt.

- zu 30      Beratung und Beschlussfassung über eine Stellenbesetzung**  
**Vorlage: AL/846/2018**

Es wurde eine Stelle in einem Kindergarten vergeben.

- zu 31      Bericht des Bürgermeisters (im vertraulichen Teil)**

Der Bürgermeister hat über die Situation von gemeindeeigenen Gebäuden, über Umstrukturierungen betreffend dem Gemeindeamt und über eine gerichtsanhängige Streitsache berichtet.

- zu 32      Anträge, Anfragen und Allfälliges (im vertraulichen Teil)**

Es wurde wegen der Tätigkeit des Flurwächters angefragt.

---

Bgm. Mag. Thomas Öfner

---

AL Dr. Veronika Sepp-Zweckmair  
Schriftführerin

---

VBgm. Iris Zangerl-Walser

---

GV Josef Gspan